

ESV ERICH
SCHMIDT
VERLAG

BEITRÄGE ZUR SOZIALPOLITIK UND ZUM SOZIALRECHT

Band 40

**Die Insolvenzanfechtung
von Sozialversicherungsbeiträgen
im Spannungsfeld zwischen öffentlichem
und Privatrecht**

Von
Dr. Armin Knospe

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 15637 5](http://ESV.info/9783503156375)

Die Abhandlung wurde von der Fakultät für Rechtswissenschaft
an der Universität Regensburg
im Sommersemester 2013 als Dissertation angenommen.

ISBN 978 3 503 15637 5

ISSN 0175-5994

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2014
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek
und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und
entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992
als auch der ISO Norm 9706.

Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

Vorwort

Das Interesse an Forschung und Wissensmehrung sowie die Freude am wissenschaftlichen Arbeiten unterliegt – abgesehen von kleineren physischen Einschränkungen mit fortschreitendem Lebensalter – normalerweise keiner Altersgrenze.

Dieser generationsübergreifenden Verbundenheit zur wissenschaftlichen Arbeit und juristischen Problemanalyse ist es wahrscheinlich zu verdanken, dass Herr Professor Dr. Thorsten Kingreen anlässlich eines geselligen Beisammenseins des hochkarätig besetzten deutschen Teilnehmerkreises im Rahmen des 9. Symposiums zum chinesisch-deutschen Rechtsstaatsdialog im April 2009 in Shenzhen spontan sein Interesse und seine Bereitschaft erklärt hat, für das vor mehr als zwanzig Jahren bedingt durch den Einstieg in das Berufsleben abgebrochene Vorhaben einer Doktorarbeit des Unterzeichners die Betreuung zu übernehmen und dieser seit langem angestrebten akademischen Promotion zum Erfolg zu verhelfen.

Das späte Neuaufgreifen meines Dissertationsvorhabens war begleitet von drei den Vorgang insgesamt erschwerenden Rahmenbedingungen, aber auch von drei Erleichterungen oder Vorteilen, die sich bei einer Promotion in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts nicht oder nicht so gestellt hätten: Die größte Schwierigkeit dürfte wahrscheinlich das Thema selbst sein, das in seiner Komplexität und fachgebietsübergreifenden Problemverzahnung zwischen Insolvenzrecht und öffentlichem Sozialrecht von einem jungen Assessor ohne berufliche Erfahrung nur selten in den Griff zu bekommen sein dürfte, unabhängig von der keineswegs restlos entschiedenen Frage, ob mir dies nun wiederum tatsächlich gelungen ist. Die zweite Schwierigkeit offenbarte sich in der ernüchternden Feststellung, dass die Arbeit und ihr Bedingungs Umfeld in universitären Bibliotheken und Seminaren fast dreißig Jahre nach dem Studienabschluss an der FU Berlin trotz IT-Technik und gereifter eigener Erfahrung keineswegs leichter und stressfreier geworden ist, nur sich wahrscheinlich die verfassereigene Toleranzschwelle zu den dortigen Arbeitsbedingungen mit der Zeit erheblich nachteilig verändert haben wird. Das dritte Problem war die zumindest kurzfristig gegebene Verknüpfung des Themas mit der beruflichen Arbeit in einer obersten Bundesbehörde. Auch wenn hier von Anfang an auf eine strikte Trennung von beruflicher Befassung und privater wissenschaftlicher Analyse großen Wert gelegt wurde, war eine solche klare Abgrenzung nicht immer leicht und im Engagement für das Thema auch nicht in allen Zweifelsfragen randscharf zu bewältigen.

Die Vorteile liegen erkennbar auf der Hand: Wenn man in einer gesicherten und gewissermaßen angesehenen juristischen Existenz begleitet von einer unbeschreiblich verständnisvollen und fast jederzeit diskussionswilligen und mit einer beinahe jeden Juristen übertreffenden praktischen Vernunft versehenen Ehefrau zudem von einem Doktorvater be-

treut wird, wie man ihn sich früher immer gewünscht hat, dann ist die tüchtige Anstrengung an einer solchen Arbeit eigentlich ein Kinderspiel.

Da die Vorteile auch bereits einen gewichtigen Teil der Danksagungen abdecken, gilt an dieser Stelle vornehmlich und vorrangig zusätzlich der Dank dem Zweitgutachter Herrn Professor Dr. Stephan Madaus als Lehrstuhlnachfolger von Herrn Professor Dr. Peter Gottwald, der die Arbeit besonders auf ihre insolvenzrechtliche Stimmigkeit hin untersucht hat und recht zügig das Zweitgutachten erstellt hat. Dem Erich Schmidt Verlag Berlin danke ich für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe Beiträge zur Sozialpolitik und zum Sozialrecht.

Die Arbeit an einem Thema an der Schnittstelle zwischen privatrechtlichem Insolvenz- und öffentlich-rechtlichem Sozialversicherungsrecht hat vielfach und wiederkehrend Verblüffung und Erstaunen bei mir darüber hervorgerufen, wie wenig diese Berührungs- und Verbindungsstellen verschiedener Rechtsgebiete bis heute tatsächlich erarbeitet, ergründet und erforscht sind. Der bildhafte Vergleich zu einer Expedition früherer Jahrhunderte in bis dahin unbekannte und unerforschte Erdteile hat sich dabei beinahe zwangsläufig eingestellt. In diesem Kontext soll das Ergebnis der Arbeit daher auch nicht irgendeinen abgeschlossenen und in sich festgezurrten Meinungsstand widerspiegeln. Meine Ergebnisse und Thesen stellen sich vielmehr uneingeschränkt in den Dienst der wissenschaftlichen Diskussion. Wenn aber dadurch auch die Tür zu einem neuen Feld des juristischen Diskurs und der wissenschaftlichen Aufarbeitung und Aufbereitung von bisher unzureichend und unbefriedigend gelöster Untersuchung in Grenzgebieten des Rechts aufgestoßen werden sollte, wäre dies ganz nach meinem Geschmack im Dienste der Sache, der juristischen Sache und Wissenschaft. Denn nach *Seneca* ist wahre Freude eine ernste Sache¹!

Berlin, im September 2013

Armin Knospe

¹ *Verum gaudium res severa est*, aus dem 23. Brief d. *Lucius Annaeus Seneca* über Ethik an Lucilius, Zitat bei *Lieberwirth*, S. 262, zugleich Leitspruch des Leipziger Gewandhaus Orchesters nach der Inschrift an der Stirnseite des ersten (alten), 1894 abgebrochenen Gewandhauses.

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	19
Teil 1 Die Beitragserhebung der Sozialversicherung	25
§ 1 Einleitung	27
§ 2 Das Verwaltungsverfahren der Beitragserhebung	33
§ 3 Die Inpflichtnahme des Arbeitgebers	39
§ 4 Konsequenzen für die Insolvenzgläubigerstellung der Sozialversicherung	45
Teil 2 Die Insolvenzanfechtung von Sozialversicherungsbeiträgen	49
§ 5 Funktion und Instrumentarium der Insolvenzanfechtung	51
§ 6 Die Ziele der Insolvenzanfechtung	55
§ 7 Der Grundsatz der Gläubigergleichbehandlung	69
§ 8 Einschränkungen der Insolvenzanfechtung	103
§ 9 Die Entwicklung des Insolvenzanfechtungsrechts	175
Teil 3 Das Spannungsverhältnis zwischen Insolvenz- und Sozialversicherungsrecht	225
§ 10 Inkongruenzen zwischen Insolvenz- und Sozialversicherungsrecht	227
§ 11 Auswirkungen der Insolvenzanfechtung auf die Sozialversicherung	241
§ 12 Verfassungsrechtliche Verankerung	257
§ 13 Normkollisionen zwischen Insolvenz- und Sozialversicherungsrecht	271
§ 14 Wertungswidersprüche	293
§ 15 Verfassung und Insolvenzanfechtung	317
§ 16 Lösungsansätze	371
§ 17 Ergebnis in Thesen	387
Literaturverzeichnis	393

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	19
Teil 1 Die Beitragserhebung der Sozialversicherung	25
§ 1 Einleitung	27
§ 2 Das Verwaltungsverfahren der Beitragserhebung	33
I. Grundlagen der Sozialverwaltung	33
II. Das Verfahren der Beitragserhebung	35
§ 3 Die Inpflichtnahme des Arbeitgebers	39
I. Gläubigeraufgaben der Einzugsstelle	39
II. Verwaltungshelferschaft des Arbeitgebers	39
§ 4 Konsequenzen für die Insolvenzgläubigerstellung der Sozialversicherung	45
Teil 2 Die Insolvenzanfechtung von Sozialversicherungsbeiträgen	49
§ 5 Funktion und Instrumentarium der Insolvenzanfechtung	51
I. Durchsetzung der Gläubigergleichbehandlung	51
II. Anwendungsvoraussetzungen	52
III. Kongruenz-, Inkongruenz- und Vorsatzanfechtung	52
IV. Rechtsfolgen der Insolvenzanfechtung	53
§ 6 Die Ziele der Insolvenzanfechtung	55
I. Normzweck	55
1. Masearmut	55
2. Situation der Sozialversicherungsträger	58
3. Insolvenzanfechtung als Teil der Privatrechtsordnung	59
II. Von der actio pauliana zur Insolvenzanfechtung von Sozialversicherungsbeiträgen	62
1. Historische Herleitung	62
2. Reform des Anfechtungsrechts durch die Insolvenzordnung...	67

§ 7	Der Grundsatz der Gläubigergleichbehandlung.....	69
I.	Rechtsgedanke der <i>par condicio creditorum</i>	69
	1. Historische Herleitung	69
	2. Rechtliche Verankerung	73
	3. Bedeutungsinhalt	74
II.	Wirkungsebenen der <i>par condicio creditorum</i>	78
	1. Ablösung des Prioritätsgrundsatzes	78
	a) Vollstreckungsrechtliches Prioritätsprinzip.....	78
	b) Gesamtvollstreckungsrechtliche Gleichbehandlung.....	80
	c) Wirkungsvorrang und Gemengelage	82
	2. Verteilungsgrundsatz als Leitlinie	85
	3. Auffanggrundsatz und subsidiäre Gerechtigkeitsregel.....	86
	4. Gemengelage bei zeitlicher Vorverlagerung des Gleichbehandlungsgrundsatzes vor Insolvenzeintritt durch die Insolvenzanfechtung	88
III.	Gleichbehandlung der Gläubiger	90
	1. Begriff des Insolvenzgläubigers	90
	2. Die Gläubigerstellung der Sozialversicherung	92
	a) Grundlegung	92
	b) Zwangsgläubigerschaft der Einzugsstelle	95
	3. Gleichbehandlung ungleicher Gläubiger	96
	4. Gleichbehandlung ungleicher Sachverhalte	98
IV.	Gläubigergleichbehandlung und Insolvenzanfechtung.....	99
V.	Koalitionsvertrag der die Bundesregierung in der 17. Legislatur bildenden Parteien von 2009.....	100
VI.	Konsequenzen	101
§ 8	Einschränkungen der Insolvenzanfechtung	103
I.	Einführung	103
II.	Bargeschäft, § 142 InsO.....	106
	1. Regelungszweck des Bargeschäfts	106
	a) Rechtsgeschichte.....	106
	b) Insolvenzrechtlicher Standpunkt des BGH.....	107
	c) Beschränkung der Insolvenzanfechtung.....	108
	2. Voraussetzungen und Rechtsfolgen des Bargeschäfts.....	109
	3. Lohnzahlungen als Bargeschäft.....	110
	a) Begriff des Arbeitslohns	112
	b) Gesamtsozialversicherungsbeitrag als Arbeitslohnbestandteil.	114
	aa) Arbeits- und sozialrechtliche Zuordnung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags	114
	bb) Stellungnahme	119
	4. Rechtsweg für Anfechtungen von Sozialversicherungsbeiträgen	120

a)	Bisherige Sichtweise.....	120
b)	Veränderte Sichtweise	124
5.	Folgerungen	125
III.	Aussonderungsrecht beim Treuhandverhältnis.....	127
1.	Der Rechtsbegriff der Treuhand	127
2.	Das Quellenabzugsverfahren von Sozialversicherungs- beiträgen als gesetzliches Treuhandverhältnis	129
3.	Insolvenzrechtliche Aussonderungsfähigkeit von Treugut	134
4.	Frühere Entscheidungspraxis des BGH	136
5.	Neuere Rechtsprechung des BGH	138
a)	Abkehr vom Treuhandverhältnis	138
b)	Veränderte rechtliche Bewertung	141
c)	Treuhandverhältnis der Sozialversicherungsträger untereinander	141
d)	Benachteiligung der Gläubigergesamtheit auch durch Zahlung des Arbeitnehmeranteils zur Sozialversicherung	142
6.	Standpunkt des BGH zu § 28e SGB IV	143
a)	Anfechtungsrechtliche Einbeziehung des Arbeitnehmeranteils am Sozialversicherungsbeitrag	143
b)	Treuhandverhältnis nach der Rechtsprechung des BGH	146
c)	Fiktion in § 28e SGB IV	147
d)	Bewertung durch die instanzliche Rechtsprechung.....	147
e)	Entscheidung des BGH vom 5. November 2009.....	148
f)	Würdigung	149
7.	§ 28e Abs. 1 Satz 2 SGB IV im Rahmen einer Vereinbarungstreuhand.....	152
8.	Stellungnahme	154
IV.	Frühere konkursrechtliche Bevorrechtigungen und ILO- Übereinkommen 173.....	157
1.	Konkursordnung	157
2.	ILO-Übereinkommen 173	158
V.	Rechtspraktische Beschränkungen der Insolvenzanfechtung	159
1.	Insolvenzeröffnung und Insolvenzanfechtung.....	159
2.	Selektive Anspruchsverfolgung.....	160
3.	Haftung des Insolvenzverwalters bei unterlassener Anfechtung.....	164
a)	Quotenverringerungsschaden	164
b)	Haftung und Durchsetzung	164
4.	Auskunfts- und Informationsanspruch des Verwalters	165
5.	Gläubigergleichbehandlungspflicht und Gläubigergleichbehandlungsanspruch.....	167
VI.	Stellungnahme.....	169

§ 9	Die Entwicklung des Insolvenzanfechtungsrechts.....	175
I.	Von der Konkurs- zur Insolvenzanfechtung.....	175
II.	Ausgewählte höchstrichterliche Entscheidungen	176
	1. Einleitung.....	176
	2. § 28e SGB IV als „doppelter Sicherungsmechanismus“ zur Durchsetzung der Insolvenzanfechtung bei Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen	177
	3. Kein Ausschluss der Insolvenzanfechtung von Sozialversicherungsbeiträgen durch § 266a StGB	179
	4. Anfechtung der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen schon vor Inkrafttreten der Insolvenzordnung.....	183
	5. Insolvenzanfechtung trotz Masseunzulänglichkeit.....	184
	6. Fehlender Schaden bei Anfechtbarkeit.....	185
	7. Anfechtung von Lohnzahlungen.....	186
	a) Judikatur des BGH zur Anfechtung von Lohn- und Gehaltszahlungen.....	186
	b) Rechtsweg.....	188
	8. Kein Ausschluss der Vorsatzanfechtung trotz fehlender Gläubiger	189
	9. Stellungnahme	190
III.	Reformbestrebungen des Gesetzgebers	195
	1. Gesetzentwurf von 2005	195
	2. § 28e SGB IV und Koalitionsvertrag von 2009	198
	3. Weitere Reformvorhaben zur Begrenzung des Insolvenzanfechtungsrechts.....	199
	4. Haushaltsbegleitgesetz 2011	202
	5. Stellungnahme	205
IV.	Rechtstatsachen	206
	1. Insolvenzstatistik	206
	2. Anzahl der Insolvenzen und Schadensbilanz	207
	3. Verfahrenseröffnungen	209
	4. Verfahrensdauer.....	211
	5. Sanierungen	212
	6. Schlussverteilung und Deckungsquoten.....	214
	7. Europäischer Vergleich	217
	8. Vergleich Konkursordnung - Insolvenzordnung	218
V.	Perspektivische Zusammenfassung	219
	1. Wirkungsansatz des Insolvenzanfechtungsrechts.....	219
	2. Rechtstatsächliche Entwicklung des Insolvenzgeschehens.....	220
	3. Ausweitung durch die Rechtsprechung	222

Teil 3	Das Spannungsverhältnis zwischen Insolvenz- und Sozialversicherungsrecht	225
§ 10	Inkongruenzen zwischen Insolvenz- und Sozialversicherungsrecht	227
I.	Einführung	227
II.	Das Postulat der widerspruchsfreien Rechtsordnung	228
1.	Das Prinzip der Einheit der Rechtsordnung	228
2.	Das Prinzip der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung	229
a)	Grundlage.....	229
b)	Bundesverfassungsgerichtlicher Ansatz	230
c)	Kritik der Literatur.....	230
d)	Eigener Ansatz	231
3.	Das Prinzip der Systemgerechtigkeit.....	232
III.	Rechtsgebietskonflikte und Normkollisionen.....	233
1.	Normkonflikte.....	233
a)	Logischer Normwiderspruch	233
b)	Axiologischer Normwiderspruch.....	234
c)	Teleologischer Normwiderspruch	234
d)	Rechtsfolgenmechanismus	235
aa)	Verfassungskonforme Auslegung.....	235
bb)	Vorrangregelungen	235
cc)	Verfassungswidrigkeit	236
2.	Normenhierarchie und Kollisionsregelungen	236
a)	Normenhierarchie	236
b)	Verfassungsrechtliche Kollisionsregelungen	237
c)	Normkollisionsregelungen.....	237
aa)	<i>Lex superior derogat legi inferiori</i>	237
bb)	<i>Lex specialis derogat legi generali</i>	237
cc)	<i>Lex posterior derogat legi priori</i>	238
dd)	Derogation	239
§ 11	Auswirkungen der Insolvenzanfechtung auf die Sozialversicherung.....	241
I.	Fehlende Folgenabbildung.....	241
1.	Fehlende individuelle Zuordnung der angefochtenen Beiträge zu den Versichertenkonten.....	241
2.	Beitragsentkleidetes Versicherungsverhältnis.....	243
3.	Fehlende Sekundärhaftung und Nachschusspflicht der Solidargemeinschaft	245
II.	Versicherungsrechtliche Auswirkungen	246
1.	Auswirkungen auf das Sozialversicherungsverhältnis	246
2.	Auswirkungen auf das Leistungsrecht der Sozialversicherung.....	246
3.	Fehlende gesetzliche Regelungen zur Rückabwicklung	247

III.	Verfassungsrechtlich gebotene Korrektur durch den Gesetzgeber	248
1.	Gleichheitswidrige Gemengelage	248
2.	Gleichbehandlung ungleicher Sachverhalte	252
3.	Ungleichbehandlung gleicher Sachverhalte	253
4.	Handlungspflicht des Gesetzgebers	255
§ 12	Verfassungsrechtliche Verankerung	257
I.	Verfassung und Sozialgesetzbuch Viertes Buch.....	257
II.	Verfassung und Insolvenzordnung	257
1.	Konkursordnung im Lichte des Grundgesetzes.....	257
2.	Kompetenzrechtliche Implementierung der Insolvenzordnung	259
a)	Gesetzgebungsverfahren.....	259
b)	Kompetenzableitung	261
c)	Beteiligung des Bundesrates.....	263
aa)	Zustimmungsbedürftigkeit.....	263
bb)	Verwaltungsverfahren der Länder	265
cc)	Verfassungskonforme Auslegung.....	267
§ 13	Normkollisionen zwischen Insolvenz- und Sozialversicherungsrecht.....	271
I.	Einleitung	271
II.	Insolvenzanfechtung von Sozialversicherungsbeiträgen als Eingriff in das öffentlich-rechtliche Beitragsrecht der Sozialversicherung	272
1.	Einleitung.....	272
2.	Rechtsnatur der Anfechtung	274
a)	Schuldrechtlicher Anfechtungsanspruch	274
b)	Wiederaufleben der früheren Forderung	276
3.	Verwaltungsverfahren der Beitragserstattung	279
4.	Konsequenzen.....	280
III.	Normkonflikt zwischen Insolvenzanfechtung und dem Eingriff in die Finanzverfassung der Sozialversicherung, §§ 30, 76 SGB IV	282
1.	Beitragsausfälle durch Insolvenzanfechtungen	282
a)	Bedeutung der Beiträge für die Finanzgrundlagen der Sozialversicherung.....	282
b)	Begriff des Beitragsausfalls	283
aa)	Insolvenzrechtliche Sichtweise.....	283
bb)	Sicht der Sozialversicherung	284
c)	Verfassungsrechtliche Zweckbindung von Sozialversicherungsbeiträgen	284
2.	Auswirkungen auf die Beitragssatzstabilität	285
3.	Subventionierung des Insolvenzverfahrens durch Sozialversicherungsbeiträge	286
4.	Eingriff in die Finanzverfassung der Sozialversicherung.....	287

a)	Auswirkungen auf das Versicherungs- und Leistungsrecht der Sozialversicherung.....	287
b)	Vorgaben des BVerfG	290
5.	Ergebnis	292
§ 14	Wertungswidersprüche.....	293
I.	Einleitung	293
II.	Die Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen als insolvenzrechtliche Rechtshandlung.....	293
1.	Begriff der Rechtshandlung	293
2.	Die Beitragserhebung der gesetzlichen Sozialversicherung.....	295
3.	Folgerung	297
III.	Insolvenzanfechtung und Strafbarkeit unterlassener Beitragsabführung	297
1.	Die Strafbarkeit unterlassener Beitragsabführung.....	297
2.	Geschütztes Rechtsgut in § 266a StGB	299
3.	Kongruenz von strafrechtlicher Tathandlung und Taterfolg der Insolvenzanfechtung von Sozialversicherungsbeiträgen....	300
4.	Wertungswiderspruch zwischen Strafbarkeit der unterlassenen Beitragsabführung und den Rechtsfolgen der Insolvenzanfechtung	301
a)	Normkonflikt	301
b)	Wertungswiderspruch	302
c)	Bewertung.....	303
IV.	Subjektive Tatbestandsmerkmale der Insolvenzanfechtung im Sozialverwaltungsverfahren.....	305
1.	Einleitung.....	305
2.	Verwaltungsverfahren der Beitragserhebung	307
3.	Subjektive Tatbestandselemente in § 133 InsO.....	310
a)	Vorsatz zur Gläubigerbenachteiligung	310
b)	Kenntnis des „anderen Teils“	312
c)	Inkongruente Deckung durch Zwangsvollstreckung.....	314
V.	Bewertung	316
§ 15	Verfassung und Insolvenzanfechtung	317
I.	Einleitung	317
II.	Regelung des § 129 InsO	317
1.	Der Begriff der Rechtshandlung.....	317
2.	Rechtsfolgen der Anfechtung	320
3.	Verfassungsmäßigkeit der insolvenzrechtlichen Anfechtung von Rechtshandlungen des Insolvenzschuldners.....	322
a)	Sachgesetzgebungskompetenz.....	322
b)	Grundrechtseingriff.....	323
aa)	Grundrechtsfähigkeit von gesetzlichen Krankenkassen.....	323

bb)	Andere Verfassungsverstöße	326
cc)	Unterschiedlicher Schutz von Beiträgen und Anwartschaften ..	328
c)	Art. 3 Abs. 1 GG.....	329
aa)	Einleitung.....	329
bb)	Strukturelles Vollzugsdefizit	330
cc)	Gebot der Rechtsanwendungsgleichheit.....	334
dd)	Willkürverbot.....	337
d)	Rechtsstaatlichkeitsprinzip	339
aa)	Grundlegung	339
bb)	Wesentlichkeitstheorie.....	340
cc)	Normklarheit und Bestimmtheitsgrundsatz	341
(1)	Gebot der Rechtsanwendungsklarheit	341
(2)	Bestimmtheitsgrundsatz.....	345
e)	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.....	349
f)	Verfassungskonforme Auslegung.....	352
III.	Regelung des § 133 InsO	353
1.	Rückwirkungsverbot.....	353
2.	Gebot der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes	354
3.	Willkürverbot.....	357
IV.	Urteil des BGH vom 5. November 2009 zu § 28e SGB IV	361
1.	Bindung an Gesetz und Recht, Art. 20 Abs. 2 GG	361
2.	Auslegungswillkür und sinngegensätzliche Gesetzesauslegung.....	364
3.	Vorlagepflicht	367
V.	Gesetzgeberische Versäumnisse	368
§ 16	Lösungsansätze	371
I.	Lösungsansätze im Verhältnis von Anfechtungsrecht und Sozialversicherung	371
1.	Sozialversicherungsrechtliche Lösungen	371
2.	Insolvenzrechtliche Lösungen	371
a)	Begrenzung des Insolvenzanfechtungsrechts	371
b)	Wiedereinführung von Insolvenzvorräten	373
c)	Andere Regelungsmöglichkeiten in der Insolvenzordnung.....	373
3.	Normenkontrollverfahren, Art. 100 GG	374
4.	Verfassungsbeschwerdeverfahren	375
a)	Einleitung.....	375
b)	Beschwerdegegenstand.....	376
c)	Beschwerdebefugnis	377
d)	Vorabentscheidung, § 90 Abs. 2 Satz 2 BVerfGG	380
II.	Weitere Lösungsansätze.....	381
1.	Möglichkeiten der Sozialversicherungsträger	381
2.	Möglichkeiten des Gesetzgebers	381

3.	Möglichkeiten der Rechtsprechung	385
§ 17	Ergebnis in Thesen.....	387
	Literaturverzeichnis.....	393